



Stadtverwaltung · Postfach 10 11 40 · 51311 Leverkusen

Bundesministerium für Verkehr
Und digitale Infrastruktur
Herrn Bundesminister
Andreas Scheuer
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Fachbereich .
oder Dienststelle .
Dienstgebäude . **Fr.-Ebert-Platz 1**
Sachbearbeitung .
Tel. 02 14/406-0 .
Durchwahl 406 . **88 00**
Telefax 406 . **88 02**
Ihr Zeichen/vom .
Mein Zeichen . **OB-ri-sl**
Tag . **19.03.2020**

Standortentscheidung für die PWC-Anlagen an der BAB 1 Bergisches Land Ost und West

Sehr geehrter Herr Minister Scheuer,

mit größter Verwunderung und eher zufällig habe ich über die Homepage der DEGES erfahren, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den Standortempfehlungen der DEGES hinsichtlich der neuen PWC-Anlagen Bergisches Land Ost und West zugestimmt hat. Die Stadt Leverkusen wurde bislang weder vom BMVI, dem Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen noch von der im Auftrag des Landes NRW tätigen Planungsgesellschaft DEGES offiziell darüber informiert.

Neben der Tatsache, dass das Ergebnis aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar ist, hat mich noch mehr die Vorgehensweise Ihres Hauses massiv verärgert. Von der Entscheidung in dieser Angelegenheit auf diese Art und Weise zu erfahren, ist der traurige Höhepunkt eines jahrelangen, leider einseitigen Kommunikationsprozesses. Die von mir in mehreren Schreiben über das Landesverkehrsministerium NRW oder direkt an Sie herangetragenen Argumente wurden scheinbar nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen. Dies ist mein verständnisloses Resümee, welches ich anhand Ihres Vorgehens ziehen muss.

Neben der nicht erfolgten Kommunikation Ihrerseits macht mich auch der Zeitpunkt der Entscheidung geradezu fassungslos! In den Zeiten der sich ausbreitenden Corona-Pandemie, die für unser ganzes Land und große Teile der Weltbevölkerung eine riesige Herausforderung darstellt, in der Politik und Gesellschaft wahrlich andere Aufgaben zu bewältigen haben, zeugt Ihr Vorgehen nicht nur von fehlendem Fingerspitzengefühl, sondern von der Missachtung der gegenwärtigen Lage.

Wie auch bei anderen Städten und Gemeinden sind bei uns aktuell alle kommunalen Aktivitäten auf die Bekämpfung der Corona-Krise ausgerichtet. Das politische Geschäft ruht und ist auf das absolut notwendige Maß reduziert. In dieser Situation eine solche Entscheidung zu treffen und damit ernsthaft den Versuch zu unternehmen, einen langwierigen

gen, weil auch komplexen Entscheidungsprozess zu beenden, zeugt meiner Ansicht nach von einem zweifelhaften und nicht wirklich ausgebildeten Demokratieverständnis. Wie Sie hier als Vertreter des Bundes quasi über die Köpfe der Kommunalpolitik und -verwaltung hinweg Tatsachen schaffen, ohne ersichtlich in den einem demokratischen System inhärenten Austausch von Argumenten einsteigen, lässt die üblichen Gepflogenheiten des Miteinanders in der politischen Arbeit deutlich vermissen.

Neben der sachlichen Kritik an der Entscheidung und meiner persönlichen Enttäuschung über Ihr Gebaren, steht nicht zuletzt auch die Gewissheit im Raum, dass ein solches Vorgehen auf Verständnislosigkeit innerhalb der Bevölkerung trifft, die zu großen Teilen ihre Position im Rahmen zahlreicher Bürgerproteste vertreten hat, und den Glauben an demokratische Strukturen erschüttern und somit die wahrgenommene Politikverdrossenheit vielerorts weiter verstärken kann.

Ich erwarte nicht nur, sondern fordere Sie vehement auf, die unter Ausnutzung der Krisensituation durch die Hintertür getroffene Entscheidung unverzüglich zurückzunehmen und nach dem Ende der Beschränkungen infolge der Corona-Pandemie in der jetzigen Form und einer Wiederaufnahme eines einigermaßen regulären politischen Betriebes endlich in einen konstruktiven Dialog mit mir als unmittelbar von den Ausbauplänen betroffener Stadt einzutreten.

Um eine Stellungnahme Ihrerseits wird eindringlich gebeten.

Herrn Landesverkehrsminister Wüst habe ich meine Reaktion parallel übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Richrath